

besser miteinander.
Warum wir eine
sozialdemokratische
Kommunalpolitik
brauchen
Seite 2

Finanzen
Ein genehmungsfä-
higer Haushalt als
Ziel für die nächsten
sechs Jahre
Seite 3

Steckbrief
Die SPD
Neuhof-Unterkot-
zau-Wölbattendorf
stellt sich vor
Seite 4

Zukunft
Energiewende
regional
denken
Seite 5

„Adelt
verpflichtet?“
Interview
mit Klaus Adelt
Seite 7

Hofer Zeitung

sozial ■ demokratisch ■ informativ

Juni 2013 | 1. Ausgabe



Wie hier am 1. Mai 1890 in Dresden legten Arbeiter und Arbeiterinnen europaweit ihre Arbeit nieder, um für „Freiheit, Recht und Brot“ zu streiten. In Hof kämpften bereits 1873 die Textilarbeiter unter maßgeblicher Beteiligung der lokalen Sozialdemokratie für bessere Arbeitsbedingungen

Aller Anfang ist schwer...

Carl Lienig und die Konstituierung der Hofer Sozialdemokra-

von Patrick Leitl

Es war ein „Zugereister“, der die sonst so beschauliche oberfränkische Kleinstadt aufmischte, indem er die Hofer Sozialdemokratie beinahe im Alleingang aus der Taufe hob. Sein Name war Carl Lienig. Der aus Breslau stammende Schriftsetzer initiierte bereits im Februar 1872 die Gründung eines „Volksvereins“, aus dem ein gutes Jahr später ein Ortsverein der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hervorging und als dessen Vorsitzender er selbst gewählt wurde. Damit nicht genug, brachte Lienig, um sich mehr Gehör zu verschaffen, zum gleichen Zeitpunkt mit der ‚Hofer Zeitung – Organ für Volksinteressen‘ auch ein erstes unabhängiges sozialdemokratisches Presseorgan auf den Weg und damit eine der ersten sozialdemokratischen Lokalzeitungen überhaupt!

Vor allem in der Hofer Arbeiterschaft stießen Partei und Zeitung auf ein reges Interesse, fühlten sie sich doch bis

dato weder vom Magistrat, noch vom Hofer Anzeiger als dem größten Blatt der Stadt, ausreichend vertreten. Das von Lienig herausgegebene Presseorgan brachte es bald auf bis zu 600 Leser bei ca. 15.000 Einwohner. Bedenkt man, dass für einen einfachen Arbeiter in der Textilindustrie die Anschaffung einer Zeitung einem Luxusartikel gleichkam, ist diese Zahl mehr als beachtlich.

„Die ersten Erfolge der Sozialdemokratie schreckten das Bürgertum auf.“

Bei der Reichstagswahl von 1874 fuhr die Sozialdemokratie einen Achtungserfolg ein, bei der sie allein in Hof über 600 Stimmen auf ihren Kandidaten vereinigen konnte. Bei der Wahl zuvor waren es noch keine zweihundert gewesen. Von diesen Erfolgen der Hofer Sozialdemokratie aufgeschreckt, begann nun seitens Magistrat, Hofer Anzeiger und Justiz eine regelrechte Hetzkampagne gegen die Sozialdemokratie, die ihresgleichen suchte. Schlag auf Schlag wurde zunächst die der Sozialdemokratie

nahe stehende Gewerkgewerkschaft aufgelöst, kurz darauf die Hofer Sektion der SDAP verboten, sowie Lienig wegen „schwerer Beleidigung“ zu einer längeren Haftstrafe verurteilt. Daher erschien im Herbst schließlich die letzte Ausgabe der Hofer Zeitung. Für mehr als zehn Jahre sollte es von da an keine aktive sozialdemokratische Tätigkeit mehr in Hof geben, Lienig selbst, verließ Hof nach Verbüßung seiner Haftstrafe umgehend.

Den Stadtoberen war es damit zwar dank einer bayernweit einzigartigen Härte gelungen, die ersten sozialdemokratischen Organisationen in Hof zu zerschlagen, die von Lienig gesäte Idee von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität hatte da aber schon längst ihre Wurzeln geschlagen... ■



Patrick Leitl
Historiker

Mitglied im
SPD-Kreisvorstand

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, liebe Freunde der Sozialdemokratie

Die SPD wurde 1863 in Leipzig gegründet. Bereits 10 Jahre später folgte eine sozialdemokratische Sektion in Hof. Beide Termine wollen wir in Hof in diesem Jahr feiern: 150 Jahre Sozialdemokratie in Deutschland! 140 Jahre Sozialdemokratie in Hof!

Es gibt eine lange sozialdemokratische Tradition im publizistischen Bereich. Vielen ist die „Oberfränkische Volkszeitung“ noch ein Begriff.

Diese erschien erstmals im Jahr 1893. Weniger bekannt ist, dass bereits zwanzig Jahre vorher eine sozialdemokratische Zeitung in Hof existierte. Die „Hofer Zeitung“. Sie erschien erstmals im Jahr 1873. Sie war zu diesem Zeitpunkt eine von nur elf sozialdemokratischen Lokalzeitungen in ganz Deutschland. Es war der Beginn einer langen journalistischen Tradition der SPD in unserer Region.

Um daran zu erinnern haben wir unserer Zeitung diesen Namen geben.

Wir wollen mit ihr zukünftig

zweimal im Jahr die Bürgerinnen und Bürger in Hof über die Arbeit der SPD informieren.

„150 Jahre Sozialdemokratie in Deutschland!
140 Jahre Sozialdemokratie in Hof!“

Wir sind auf Ihre Reaktionen gespannt und würden uns über Rückmeldungen sehr freuen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre dieser Zeitung.

Jörg Mielentz
SPD-Kreisvorsitzender
Hof-Stadt



Jörg Mielentz
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

SPD-Kreisvorsitzender
Hof-Stadt,
stv. Unterbezirksvorsitzender

der SPD Hochfranken, Mitglied im Parteikonvent

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum 140. Gründungsjubiläum übersende ich Euch aus dem Willy-Brandt-Haus meine herzlichen Glückwünsche.

Jubiläen wie diese sind Anlass zum Rückblick: Die SPD ist die älteste demokratische Partei Deutschlands. Seit 150 Jahren kämpft die Sozialdemokratie für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie. In diesen Jahren war sie immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist nicht von der Geschichte der Sozialdemokratie zu trennen. Die Mitglieder der SPD - Frauen und Männer - haben Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft und sich jeder Diktatur widersetzt. Weitsichtig und tapfer haben sich die Mitglieder der SPD dem Nationalsozialismus in den Weg gestellt.

Diesen mutigen Einsatz haben viele Genossen und Genossinnen mit ihrem Leben bezahlt. Ihre Opfer für Freiheit und Demokratie sind uns dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

Auch heute gilt: Die SPD wird gebraucht. Die sozialdemokratische Idee erreicht die Menschen seit 1863. Die Idee der Freiheit von Not und Unterdrückung. Aber auch die Idee der Freiheit, aus seinem Leben etwas machen zu können. Die Idee, dass man nicht gebunden ist an Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe. Die Idee von einem offenen und freien Lebensweg, den jeder Mensch ohne Hürden beschreiten kann. Wir wissen diese sozialdemokratische Idee fest in der Mitte Deutschlands verankert.

Ich weiss, was in den Ortsvereinen und Unterbezirken jeden Tag geleistet wird. Für diese mühsame, ausdauernde Arbeit danke ich Euch



Sigmar Gabriel zusammen mit Frank-Walter Steinmeier und der hochfränkischen Bundestagsabgeordneten Petra Ernstberger auf der traditionellen Spargelfahrt des Seeheimer Kreises

allen sehr herzlich. Sie ist ein großer Schatz für unsere Partei.

Meine Bitte: Bringt Euch ein in die Arbeit der SPD. Für eine starke, selbstbewusste und erfolgreiche SPD brauchen wir Eure Ideen, Eure Erfahrung und Eure Kraft. Helft mit, die sozialdemokratische Idee jeden Tag mit Leben zu füllen und das Leben der

Dr. sg.

Sie wissen bestimmt, was ein Dr. med. ist, klar! Aber wissen Sie, was ein Dr. sg. ist? Es ist der sogenannte Doktor schwarzgelb. Es handelt sich um Titel, die in einer schwarzgelben Doktorschmiede hergestellt werden. Deswegen „sg.“! Sie werden allerdings nicht aus solidem Material geschmiedet, sondern aus sehr dünnem Blech. Nun glauben einige naive Zeitgenossen, hinter dieser Erkenntnis stecke eine ganz böse rot-grüne Verschwörung. Das ist aber nicht wahr. Es sind ganz normale Materialprüfer, die die Arbeiten überprüfen und dabei entdecken, dass das Blech ganz dünn ist. Wie allerdings aus gewöhnlich sehr gut unterrichteten Kreisen gemeldet wird, werden schon seit einiger Zeit von der schwarzgelben Doktorschmiede hoch bezahlte Materialprüfer eingesetzt, um endlich, endlich auch rotgrüne Dokortitel aus dünnem Blech zu finden.

Bisher ohne Erfolg. Dort wird offenbar solider gearbeitet!

CJ

Menschen besser zu machen. 2013 wird der Kreiverband 140 Jahre alt. Feiert dies und arbeitet unverdrossen weiter für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

2013 wird die SPD 150 Jahre alt. In diesem Jahr findet auch eine Bundestagswahl statt. Ein Sieg der SPD bei der Bundestagswahl wäre ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit und Zusammenhalt in unserem Land.

Dafür wollen wir gemeinsam arbeiten!

Mit einem herzlichen Gruß

Sigmar Gabriel

besser miteinander.

Hof braucht sozialdemokratische Kommunalpolitik - jetzt

von Eva Döhla

Nirgends sind politische Entscheidungen so unmittelbar spürbar wie in der Stadt selbst, in der man wohnt. Im direkten Lebensumfeld.

des alltäglichen Miteinanders – unserer Stadt gut tun. Solidarität zum Beispiel. In Hof, wo immer mehr ältere Menschen leben, oft ohne Kinder vor Ort, die sich um sie kümmern - künftig noch mehr Leute mit ganz kleinen Renten auskommen müssen - über 4000 Personen von Sozial-Leistungen (nach SGB II) leben - jedes 6. Kind, ohne

ten in seinem Leben voll entfalten kann. Die Betreuung muss sich an den Bedürfnissen der Kinder und berufstätiger Eltern orientieren.

Eine soziale Stadt: Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen zu verbessern. Eine Gesellschaft darf sich nicht mit Armut und Ausgrenzung abfinden.

Die Sicherung von Arbeit und Wirtschaft - das bedeutet für Sozialdemokraten, dass unsere Städte und Gemeinden in einer Zeit des Strukturwandels und internationalen Konkurrenzdrucks immer noch in der Lage sein müssen, gute infrastrukturelle Voraussetzungen für Unternehmen, Handwerker und Dienstleister anzubieten.

Ein Umsteuern in der Energieversorgung. Ich verstehe aktiven Klima- und Umweltschutz, der nicht nur repariert, sondern vorsorgt und die Lebensgrundlagen bewahrt, als eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik.

Einen gleichberechtigten Zugang zur Kultur und zur kulturellen Bildung zu gewährleisten. „Kultur für alle“ und „Kultur von allen“ gehören zu unserem Verständnis kommunaler Kulturpolitik.

Die Stärkung der Bürgerdemokratie. Denn sozialdemokratische Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie. Sie lebt von der Mitwirkung und der Beteiligung aller Einwohner. Ihr Engagement ist notwendig und erwünscht. Parallel zum traditionellen Ehrenamt in Vereinen und Verbänden wächst das bürgerschaftliche Engagement in nicht vereinsmäßig organisierten Gruppen und Initiativen. Wir wollen eine „Mitmachdemokratie“ und dazu auch örtlich geeignete Plattformen schaffen.

Soweit zum inhaltlichen Ansatz sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Diese zentralen Handlungsfelder zeigen gut, warum eine gute Politik für unsere Stadt Hof ein erkennbar sozialdemokratisches Profil braucht.



Eva Döhla
Leiterin
Kommunikation und
Marketing
der Diakonie
Hochfranken
gGmbH

stv. SPD-Kreisvorsitzende Hof-Stadt, Vorsitzende des SPD Ortsvereins Hof-Mitte und Bezirkstagskandidatin

ROTE SPITZE

Wie komme ich mit dem Bus zur Schule, zur Arbeit, in die Stadt? Was wird Kindern und Jugendlichen angeboten? Wie sehen Vereinsleben und Sportstätten aus? Was ist mit Wohnraum? Und wie werden die Menschen an Entscheidungen über ihre Stadt beteiligt? Ist ihre Meinung nach Wahlen noch gefragt?

All das und vieles mehr betrifft unser Leben ganz direkt. Dass trotzdem immer wieder behauptet wird, in der Kommunalpolitik „geht es doch vor allem um die Sache, und weniger um politische Fragen an sich“, verwundert mich. Um welche Sache? Und wer bestimmt, was sachlich richtig ist? Engagierte und erfolgreiche politische Arbeit, auch in der Kommune, liegt eine Haltung zugrunde; eine Einstellung gegenüber Menschen, ihrem Miteinander und gegenüber allen dazugehörigen Abläufen. Und hier muss sich der Unterschied zwischen politischen Ansichten zeigen. Was berücksichtige ich besonders? Eine reine Orientierung an vorgeblichen „Sachgründen“ ist demzufolge überhaupt nicht möglich. Entscheidungen werden immer beeinflusst durch das Menschen- und Weltbild.

Die SPD vertritt seit 150 Jahren Werte, die noch heute bestens geeignet sind, eine solche Haltung zu definieren. Auch in Hof. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind sozialdemokratische Grundwerte, die – auch übersetzt in die Fragen

Abschluss die Schule verlässt - muss man prüfen, wie sich Entscheidungen des Stadtrats auf diese Personen auswirken. Oder auf Menschen mit Behinderungen. Solidarität muss Maßstab sein für die Entscheidungen in unserem Rathaus! Das heißt für uns: Wir wollen aus unserer sozialdemokratischen Überzeugung heraus für Lebensqualität, Chancengerechtigkeit und Mitwirkung eintreten.

„Solidarität muss Maßstab sein für die Entscheidungen in unserem Rathaus.“

Für Hof wären das drei gute Leitziele. Sie bedeuten und beinhalten:

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge: Nahverkehr, Wasser- und Energieversorgung sollen in Hand der Kommune bleiben. Sozialdemokraten lehnen privatwirtschaftliches Engagement nicht ab, aber die öffentliche Verantwortung dafür muss gesichert bleiben. Für mich sind Städte mehr als nur Standorte privatisierter Ver- und Entsorgungskonzerne, kommerzialisierte Sport- und Freizeiteinrichtungen und sozialgewerblicher Einrichtungen.

Die Chancengleichheit bei Bildung und Betreuung, so dass jedes Kind seine Fähigkei-

Ein genehmigungsfähiger Haushalt

Das Ziel für die nächsten sechs Jahre

von Dr. Jürgen Adelt

In den letzten 10 Jahren hatte die Stadt Hof 7 Jahre lang keinen genehmigten Haushalt.

Dies bedeutet: Die Stadt Hof steht unter der Aufsicht der Regierung von Bayreuth. Alle Ausgaben, zu denen sie nicht rechtlich verpflichtet ist, oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind, werden von der Regierung nicht genehmigt.

Das Haushaltsrecht und die Überwachung der Ausführung ist das höchste Recht der kommunalen Selbstverwaltung, nämlich des Stadtrates. Nach der Gemeindeordnung sollte das haushaltslose Jahr eine absolute Ausnahme sein. Für Hof ist es jetzt seit Jahren die Regel und wird es auch für die nächsten 4 Jahre sein.

Sucht man nach den Ursachen der finanziellen Notlage der Stadt Hof, so wird man schnell fündig.

„Nach der Gemeindeordnung sollte das haushaltslose Jahr eine absolute Ausnahme sein. Für Hof ist es jetzt seit Jahren die Regel“

Die Stadt Hof hat im Vergleich zu Städten gleicher Größe unterdurchschnittliche Gewerbesteuererinnahmen. Dies ist u.a. zurückzuführen auf den Strukturwandel von der Industriestadt zur Dienstleistungstadt. Des Weiteren ist das Lohnniveau in unserer Stadt relativ niedrig, insbesondere im Vergleich zu Südbayern, und damit sind die Anteile an der Einkommenssteuer deutlich niedriger. Gut bezahlte Arbeitsplätze, wie z.B. beim Zoll, der Post, bei den Banken, dem Bundesgrenzschutz, sind weggebrochen. Bis auf die teilweise Verlagerung des Landesamtes für Umwelt und die Hochschule sind nur Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor in Logistik, Callcenter, etc. geschaffen worden. Dazu kommt, dass die Stadt Hof einen Pendlerüberschuss von 8900 Personen hat, die in Hof arbeiten, ihre Einkommenssteuer aber außerhalb entrichten. Obwohl die Schlüsselzuweisungen gestiegen sind können die Mindereinnahmen dadurch nicht ausgeglichen werden.

Auf der Ausgabenseite imponieren die Steigerungen der Sozialleistungen, die Kosten



für Personal, sowie der Zuschussbedarf für Theater, Freiheitshalle und Museum.

Um die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts zu erreichen ist es unbedingt notwendig, dass im Verwaltungshaushalt die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt erwirtschaftet wird. Dies ist grundsätzlich nur durch die Verbesserung auf der Einnahmenseite und einer Verringerung der Ausgaben zu erreichen. Auf der Einnahmenseite sind für die SPD-Fraktion Steuererhöhungen kein geeignetes Mittel. Auf der Ausgabenseite sind Einsparungen nach 7 Jahren der haushaltslosen Zeit nicht mehr möglich. Jede weitere Einsparung führt zum Funktionsverlust der Stadtverwaltung und vermindert damit die Lebensqualität der Stadt Hof. Weitere Einsparungen im Rahmen der haushaltslosen Zeit führen zu einem zunehmenden Substanzverlust und permanenten Verschleiß. Der Zustand unserer Straßen und vieler Gebäude der Stadt geben darüber ein beredtes Zeugnis.

Für die SPD-Fraktion ist die Entlastung bei den Ausgaben die Möglichkeit, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen.

Der städtische Zuschuss für den Betrieb des Theaters Hof und der Symphoniker sowie der Musikschule beträgt derzeit 4,5 Mio.. Auch wenn sich der Freistaat jetzt zu einer Zuschusserhöhung um 500.000 Euro verpflichtet hat, wäre es für die Zukunft absolut

wichtig, den Zuschuss nicht festzuschreiben, sondern an die Erhöhung der Lohnkosten zu binden. Im Gegenzug zu der Zuschusserhöhung der Regierung hat sich die Stadt verpflichten müssen, ihren Eigenanteil um 93000 Euro zu erhöhen. Auch das muss erst erwirtschaftet werden.

„Bei neuen Investitionen ist die Finanzierbarkeit mittlerweile zweitrangig. Entscheidend für die Stadt Hof sind die Folgekosten und deren Finanzierbarkeit“

Des Weiteren fordern wir eine Schuldendienstbeihilfe der bayerischen Staatsregierung, denn sonst wird es nie gelingen den Abbau der jetzt 128 Mio. € Schulden zu erreichen. Die Schulden sind aufgelaufen durch Leistungen, die die Stadt im Rahmen ihrer Aufgabe als Oberzentrum erbracht hat, sowie durch Investitionen, die die Grenzöffnung erforderlich gemacht haben. Der Abbau der Schulden ist dringend erforderlich, denn in den nächsten 4 Jahren wird der Schuldendienst auf 10,6 Mio. € ansteigen (Zins und Tilgung).

Eine weitere Maßnahme, die der Stadt Hof annähernd eine halbe Million einsparen würde, wäre die Übergabe der Unterhaltlast der Bundesstraßen im Stadtgebiet an den Bund,

als da wären Ernst-Reuter-Straße, Kulmbacher Str. und Schleizer Str.. Denn nach dem Zensus im Jahr 2011 ist die Stadt Hof leider unter die 50000-Einwohnergrenze gesunken.

Im weiteren muss grundsätzlich gefordert werden, dass die Kosten für die Jugendhilfe, die zuletzt im vierten Quartal 2012 um 1 Mio. gestiegen sind und jetzt bei über 4 Mio. € liegen, vom Bund übernommen werden. Diese Aufgabe liegt nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt Hof, sondern ist eine allgemeine gesellschaftliche Aufgabe und sollte deshalb von allen finanziert werden.

Auch bei der weiteren Prüfung der Einnahmemöglichkeiten sollte es für die Verwaltung keine Tabus geben.

Unbedingte Vorgabe für alle neuen Projekte ist die strikte Beachtung der Folgekosten und deren Finanzierbarkeit. So hat z.B. selbst der Betrieb der Dreifachturnhalle Jahnalle, die absolut zwingend notwendig ist, die Einstellung eines weiteren Mitarbeiters erforderlich gemacht. Bei der Freiheitshalle, die erfreulicherweise sehr gut angenommen wird und auf die wir alle stolz sind, sind die durchschnittlichen Folgekosten noch nicht abzusehen. Auch da muss über eine Obergrenze gesprochen werden, ggf. die Nutzergebühren entsprechend angepasst werden. Bei neuen Investitionen ist die Finanzierbarkeit mittlerweile zweitrangig. Entscheidend für die Stadt Hof sind die

Folgekosten und deren Finanzierbarkeit. Leider gilt es generell, dass neue Investitionen nur dann getätigt werden, wenn die Stadt Hof den höchst möglichen Fördersatz erreicht und sich Sponsoren finden, die den Anteil der Stadt Hof übernehmen, denn sonst kann in der haushaltslosen Zeit kein neues Projekt in Angriff genommen werden.

Ein klein wenig Spielraum haben wir bei Maßnahmen, die im Rahmen des Bauunterhalts durchgeführt werden, um damit zumindest die energetische Sanierung voranzutreiben, die damit ihre Kosten refinanzieren. Wenn das gelingt werden wir auch in den nächsten Jahren Schritt für Schritt die Stadt Hof weiter voranbringen und für alle eine lebens- und lebenswerte Stadt bleiben.

Auf den Punkt..

...städtische Zuschuss für den Betrieb des Theaters Hof und der Symphoniker, sowie der Musikschule beträgt derzeit 4,5 Mio

... jetzt 128 Mio. € Schulden

...in den nächsten 4 Jahren wird der Schuldendienst auf 10,6 Mio. € ansteigen

...Kosten für die Jugendhilfe 2012 bei über 4 Mio. €



Dr. Jürgen Adelt
Gynäkologe

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

Der SPD Ortsverein Neuhof-Unterkotzau-Wölbattendorf

von Florian Strößner

„Wir sind wohl der Ortsverein mit dem längsten Namen“, scherzt Vorsitzender Florian Strößner. Daher kürzen manche Mitglieder auch gern mal ab, wenn sie von ihrem Ortsverein sprechen. So heißt es eben auch schon mal die „Neihofer SPD“ oder ganz knapp SPD NUW. Mit über 60 Mitgliedern zählt er flächenmäßig neben dem OV Münster-Krötenbruck zu den größten Ortsvereinen im Kreisverband Hof-Stadt.

Eng verbunden mit dem Neuhofer Ortsverein ist auch der Name seines Ehrenvorsitzenden, des Wahlhofers Dennis Bailey. Über viele Jahre führte dieser dessen Geschicke. Mit Busfahrten, Infoständen und stetigem Finger in die Wunde legen, eben guter politischer Arbeit, machte Dennis Bailey zusammen mit seinen Genossen die SPD in den nordwestlichen Stadtteilen Neuhof, Unterkotzau, Hofeck, Vogelherd, Wölbattendorf und an der

Hohensaas bekannt. Bei Wahlen konnte man von Seiten des Kreisverbands stets auf den Ortsverein des Engländers bauen. Eine wahre rote Bastion waren die Stadtteile rund um die Neuhofer Spinnerei.

Seit 2005 nun führt Florian Strößner nach Gabriele Rogge die SPD in Neuhof. Seither blicken die Genossen dort weiterhin auf erfolgreiche politische Arbeit

zurück. Gemeinsam mit Bürgern ist man hier stets im guten Dialog um zusammen Ziele zu erreichen und Probleme zu beheben. Mit Weihnachtsbusfahrten, die stets über hundert Bürger begeistern, ist man auch im vorpolitischen Raum ganz ohne Zwänge gut verankert.

Nach den Neuwahlen in diesem Frühjahr gehen die Genossen nun eine neue Projektreihe an.

Unter dem Motto „Bürger mit der SPD vor Ort“ erkunden die Sozialdemokraten wie der Name schon sagt mit interessierten Bürgern heimische mittelständische Betriebe, Projekte, Institutionen und interessante Orte. „Wir wollen die Arbeit dieser Firmen und ihrer Mitarbeiter sowie Institutionen unter die Lupe nehmen und neue Eindrücke gewinnen.“, beschreibt Vorsitzender und Stadtrat Florian Strößner das Projekt. Erfolgreich hat man die Veranstaltungsreihe mit einer interessanten Besichtigung der Brauerei Scherdel gestartet.

„Wir sind wohl der Ortsverein mit dem längsten Namen“

Erfolgreich auch ist die Arbeit der Stadträte des Ortsvereins. Seit Jahrzehnten ist hier schon Rainer Kellner vertreten. Speziell im Bauausschuss, aber auch in allen

anderen Gremien, macht ihm hier so schnell keiner etwas vor. Seit der letzten Wahl im Jahr 2008 ist er dort zusammen mit dem Vorsitzenden Florian Strößner vertreten. Strößner ist seither jüngster Stadtrat in dieser Legislaturperiode. Mit zahlreichen Anträgen an die Verwaltung und Oberbürgermeister greifen die Genossen Anregungen, Fragen und Probleme von Bürgern auf und arbeiten hier zielstrebig für ein besseres Hof.



Reges Interesse bei der Besichtigung der Brauerei Scherdel. Mit dabei ist u.a. der SPD-Landtagskandidat Klaus Adelt, (zweiter von links).



Florian Strößner
Fachlehrer

Stadtrat, stv. Kreisvorsitzender SPD Hof-Stadt, Vorsitzender des SPD Ortsvereins Hof-Neuhof/Unterkotzau

Moderne Frauenpolitik nur mit der SPD

Seit über 100 Jahren treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Rechte der Frauen ein. Das Frauenwahlrecht, die Stärkung der Rechte für Mütter und die Chancengleichheit im Berufsleben waren und sind zentrale Forderungen sozialdemokratischer Politik.

von Marion Ühla-Mayer

Vom Leitbild einer partnerschaftlichen Gesellschaft von Männern und Frauen sind wir aber trotzdem noch weit entfernt und etliche Forderungen sind noch so aktuell wie zur Zeit August Bebel und Klara Zetkin. Frauen

Die derzeitige Bundesregierung hat dagegen nichts getan. Außer Mogelpackungen und rückwärts gerichteter Politik kommt nichts! Jede noch so winzige Verbesserung wird im Ansatz blockiert, wie aktuell die EU-Initiative für eine

moderne Frauenpolitik zu gestalten.

Mit dem Vorschlag der CDU, zum Familiensplitting wird Familien Sand in die Augen gestreut. Es ist sozial ungerecht, weil es nur Familien mit sehr hohem Einkommen nützt. Aktuell zahlen nur rund 50 Prozent aller Haushalte Einkommenssteuer. Alle diese Haushalte werden von dieser neuen „Wohltat“ nicht profitieren. Wieder einmal zeigt die CDU, für wen sie Politik macht. Das derzeitige Ehegattensplitting macht für viele Frauen eine eigene Berufstätigkeit unattraktiv. Die SPD will das Ehegattensplitting reformieren und es durch eine Individualbesteuerung ersetzen, die aber gleichzeitig die gegenseitigen Unterhaltspflichten der Eheleute berücksichtigt. Das ist sozial gerecht und berücksichtigt moderne Lebensformen.

Die Einführung des von CDU/CSU gewollten Betreuungsgeldes ist in den Augen der SPD ein Rückschritt und zielt darauf ab, Frauen vom Arbeitsmarkt fern zu halten.

Altersarmut ist weiblich – das wollen wir bekämpfen. Wesentliche Ursachen dafür sind Teilzeitarbeit und Minijobs, in denen überproportional häufig Frauen arbeiten. Die SPD will ein Rückkehrrecht auf Vollzeitarbeit, eine Reform der Minijobs und einen gesetzlichen Mindestlohn, damit jede und jeder seinen eigenen Lebensunterhalt verdienen und im Alter unabhängig leben kann. Dazu gehört natürlich der gleiche Lohn für gleiche Arbeit, den hat schon August Bebel angemahnt. Gerade in Deutschland klafft einer der höchsten Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen. Deshalb fordert die SPD ein Entgeltgleichheitsgesetz.

„Gleichstellung kommt nicht von selbst und sie braucht eine andere Politik - und die geht nur mit der SPD!“

Wir wollen Frauen und Männer an Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft paritätisch beteiligen.

Gleichstellung ist auch eine Grundvoraussetzung, jede Art von Gewalt gegen Frauen einzudämmen. Aber solange wir das noch nicht geschafft ha-

ben, brauchen die Opfer einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen gibt es die ASF, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in der SPD.

Die ASF vertritt die Interessen von Frauen auf allen politischen Ebenen und in der Gesellschaft. Wir sind Ansprechpartnerinnen für alle Frauen und verstehen uns als Netzwerk von Frauen für Frauen – innerhalb und außerhalb der SPD.

Alle interessierten Frauen – auch solche die nicht Mitglied der SPD sind - sind herzlich eingeladen, dabei mitzumachen. Ansprechpartnerin ist die Vorsitzende Marion Ühla-Mayer

Gleichstellung kommt nicht von selbst und sie braucht eine andere Politik - und die geht nur mit der SPD!



Mitglieder der Hofer AsF beim Besuch der Ausstellung „Mit Macht zur Wahl“ - 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa

sind schlechter bezahlt, Frauen arbeiten vorwiegend in prekär bezahlten Arbeitsverhältnissen, Frauen sind seltener Cheffinnen und sie sitzen weniger in den Parlamenten.

europäische Frauenquote in Aufsichtsräten.

Die schwarz-gelbe Regierung hat nicht nur keine Ideen, es fehlt ihr auch am Willen, eine



Marion Ühla-Mayer

Mitglied im SPD-Kreisvorstand, Vorsitzende der ASF Hof



Energiewende regional denken

Die Kommunen müssen die Energiewende selbst aktiv gestalten

von Ulrich Scharfenberg

Laut Aussage des Hofer Landrates Bernd Hering kann Hochfranken die Energiegewinnerregion Nummer 1 in Bayern werden (FP 2.10.2012).

Hierzu brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Diskussion in der Region. Wo sehen wir uns als Region in der Zukunft?

Mit einem Anteil von 42% Strom, der aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, liegt die Stadt und der Landkreis Hof in Bayern zur Zeit im Spitzenfeld der bayerischen Regionen.

Die Vergleichszahlen in Bayern mit 17,5% und in Deutschland mit 22% Anteil erneuerbarer Energien Strom belegen diese Position.

„Anlagen in Bürgerhand stellen im Zusammenspiel mit kommunalen Erzeugungsanlagen die beste Lösung dar“

Für die bayerische SPD ist die Energiewende der Katalysator für die innovative Wertschöpfung in Industrie, Handwerk und bei den Dienstleistungen. Unser Ziel ist 100 Prozent Öko-Strom bis 2050.

So haben wir bayerischen Sozialdemokraten in unserem beschlossenen Wahlprogramm „Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht“ formuliert:

„Für die Kommunen gilt es, die Energiewende selbst aktiv zu gestalten und die En-

ergieversorgung wieder als Teil der Daseinsvorsorge und damit als eigene Aufgabe zu begreifen.

Zur Optimierung der Wertschöpfung ist es außerdem wichtig, das nicht nur Anlagen in der Region errichtet, sondern auch mit Kapital aus der Region betrieben werden.

Anlagen in Bürgerhand stellen im Zusammenspiel mit kommunalen Erzeugungsanlagen die beste Lösung dar. Dies steigert die Akzeptanz für den Ausbau erneuerbarer Energien ganz allgemein.

Schließlich kommt es darauf an, die in der Region erzeugte Energie auch direkt an Abnehmer aus der Region zu verkaufen und so regionale Wirtschaftskreisläufe zu schaffen.

Ziel muss es sein, den Umstieg auf erneuerbare Energien so zu gestalten, dass die Region davon optimal profitiert.

Dabei kommt den kommunalen Stadtwerken eine entscheidende Rolle zu.

Wir werden die Kommunen bei der Rekommunalisierung unterstützen und europäische Programme zur Steigerung der Energieeffizienz mit den Kommunen gemeinsam nutzen.“

„Ziel muss es sein, den Umstieg auf erneuerbare Energien so zu gestalten, dass die Region davon optimal profitiert“

Dies zeigt die zukünftigen Handlungsfelder in Hochfranken.

Trotz gutem Vorankommen bei der Energiewende im Bereich Stromversorgung ist bisher die Beteiligung der Kommunen, Gemeinden und Städte, der Stadtwerke, der kommunalen Versorgungs-

strukturen und der BürgerInnen vor Ort zu kurz gekommen.

Es ist unsere Aufgabe für die Zukunft, die Energiewende auf eine breite Basis zu stellen und mit einer echten BürgerInnenbeteiligung die Akzeptanz deutlich zu



Ulrich Scharfenberg
selbstständiger
Berufsbetreuer

Kreis- und Stadtrat, SPD-Unterbereichsvorsitzender Hochfranken, Vorsitzender des SPD Ortsvereins Rehau und Bezirkstagskandidat, stv. Bezirksvorsit-

Liebe Freundinnen und Freunde,

dieses Jahr feiert unsere politische Heimat, die SPD, ihr 150jähriges Bestehen. Im täglichen Ringen für Freiheit und Solidarität waren fast von Anfang an Sozialdemokraten aus Hof dabei.

Dieses Jahr gilt es aber auch zwei wichtige Richtungswahlen zu bestreiten und beide sind so spannend wie selten zuvor. Gerade in Bayern.

Wir haben die realistische Chance, die lähmende CSU-Dauerregierung zu beenden und den Freistaat sozialer und gerechter zu gestalten.

„Ich werde es nicht zulassen, dass ländlichere Gebiete durch Schulsterben, ärztliche Unterversorgung und Mangel an Arbeitsplätzen leiden“

Ein wichtiger Baustein dafür ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Alle hart arbeitenden Bayern sollen mindestens so viel verdienen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

Das ist zuallererst eine Frage der Menschenwürde – aber es ist auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft. Wieso sollten die Steuerzahler die Gewinne von Unternehmern steigern, die ihre Beschäftigten mit Hungerlöhnen abspeisen und diese somit von der Sozialhilfe abhängig machen?

Unsere Heimat Bayern hat unbestreitbare Vorzüge, die wir bewahren wollen, aber sie ist leider kein Land im Gleichgewicht. Es muss mehr geschehen, um die Bildungschancen gerechter zu verteilen, um

Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen den Einheimischen und den Zugezogenen, zwischen Menschen ohne und mit Behinderungen durchzusetzen und um die Kluft zwischen expandierenden Städten und strukturschwachen Regionen wie beispielsweise Hochfranken zu überwinden. Ich werde es nicht zulassen,



dass ländlichere Gebiete durch Schulsterben, ärztliche Unterversorgung und Mangel an Arbeitsplätzen leiden. Ich will, dass die Menschen in ihrer Heimat bleiben können, egal ob das jetzt München, Hof oder Helmbrechts ist. Es ist widersinnig, wenn Ballungsräume aus allen Nähten platzen und strukturschwache Gebiete unter Bevölkerungsschwund leiden.

Schon als Mieteranwalt in München habe ich dafür gekämpft, dass Menschen nicht unter wirtschaftlichen Zwängen aus ihrem angestammten Zuhause verdrängt werden.

Als bayerischer Ministerpräsident werde ich dafür sorgen, dass der gesamte Freistaat Heimat für die Menschen bleibt, die hier leben.

In München habe ich 20 Jahre als Oberbürgermeister gezeigt, wie man wirtschaftlichen

Wohlstand und ein Sozialwesen sowie ein reichhaltiges Kultur- und Bildungswesen miteinander verknüpft.

Ab September möchte ich diese Erfahrungen und Kenntnisse zum Wohl von ganz Bayern einsetzen.

„Ich will, dass die Menschen in ihrer Heimat bleiben können, egal ob das jetzt München, Hof oder Helmbrechts ist“

Die CSU hingegen ist inzwischen nur noch damit beschäftigt, die Spuren ihres eigenen Regierungshandelns zu verwischen. Den spektakulären Kehrtwenden beim Atomkurs, in der Energiepolitik und bei der allgemeinen Wehrpflicht folgte die Kehrtwende bei den Studiengebühren, die von der CSU im Alleingang eingeführt worden waren.

Es gibt in Bayern durchaus eine Wechselstimmung – sonst würde sich die CSU ja nicht permanent gezwungen sehen, ihre Position zu wechseln. Unsere schöne Heimat hat eine bessere Regierung verdient, eine, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Wünsche der Märkte und der Lobbyisten.

Herzlichst,
Christian Ude



Förderung des Rohstoffs Bildung

Am 1. Februar 2008 gründete sich die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) im SPD-Kreisverband Hof

von Günter Merkel

Sie war damit eine der ersten Arbeitsgemeinschaften dieser Art in Bayern. Die Vorstandschaft setzte sich damals aus dem 1. Vorsitzenden Günter Merkel, den Stellvertretern Susanne Meister und Florian Strößner und dem Schriftführer Aytunc Kilincsoy zusammen.

Seit ihrer Gründung stand die Förderung des Rohstoffs Bildung im Mittelpunkt der Aktivitäten. Dies soll im Bereich der Kindertagesstätten durch Verstärkung der frühkindlichen Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und durch Sprachfördermaßnahmen für Kinder aus Migrantenfamilien und sozial benachteiligten Familien erfolgen. Gefordert wird auch ein verpflichtendes kostenfreies letztes Kindergartenjahr.

„Die Bildungssituation an bayerischen Schulen mit zu großen Klassen, zu wenig Lehrern, zu hoher Belastung der Lehrkräfte und zu wenig Unterstützung der Schüler bei der Förderung standen weiterhin im Fokus der Aktivitäten der AG“

Im Schulbereich wird der Ausbau des Ganztageschulbetriebs und der Sozialarbeit an Grund-, Mittel- und weiterführenden Schulen und die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern zur Senkung der Klassendurchschnittsschülerzahlen und zur Steigerung der Unterrichtsqualität angestrebt. Auch die Einführung der Gemeinschaftsschule als Angebotsschule zur Sicherung von Schulstandorten auf dem flachen Land wird gefordert. Im Hochschulbereich setzt sich die AfB für genügend Studienplätze und gut finanzierte Universitäten und Hochschulen ein.

Für den außerschulischen Bildungsbereich stehen die Senkung der Quote der Schulabgänger ohne Abschluss durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen, die Einbeziehung der Familie beim Erwerb der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Integration von Migranten, die Verwirklichung

von gelungener Inklusion und die Stärkung der Bildung im ländlichen Raum auf der Agenda.

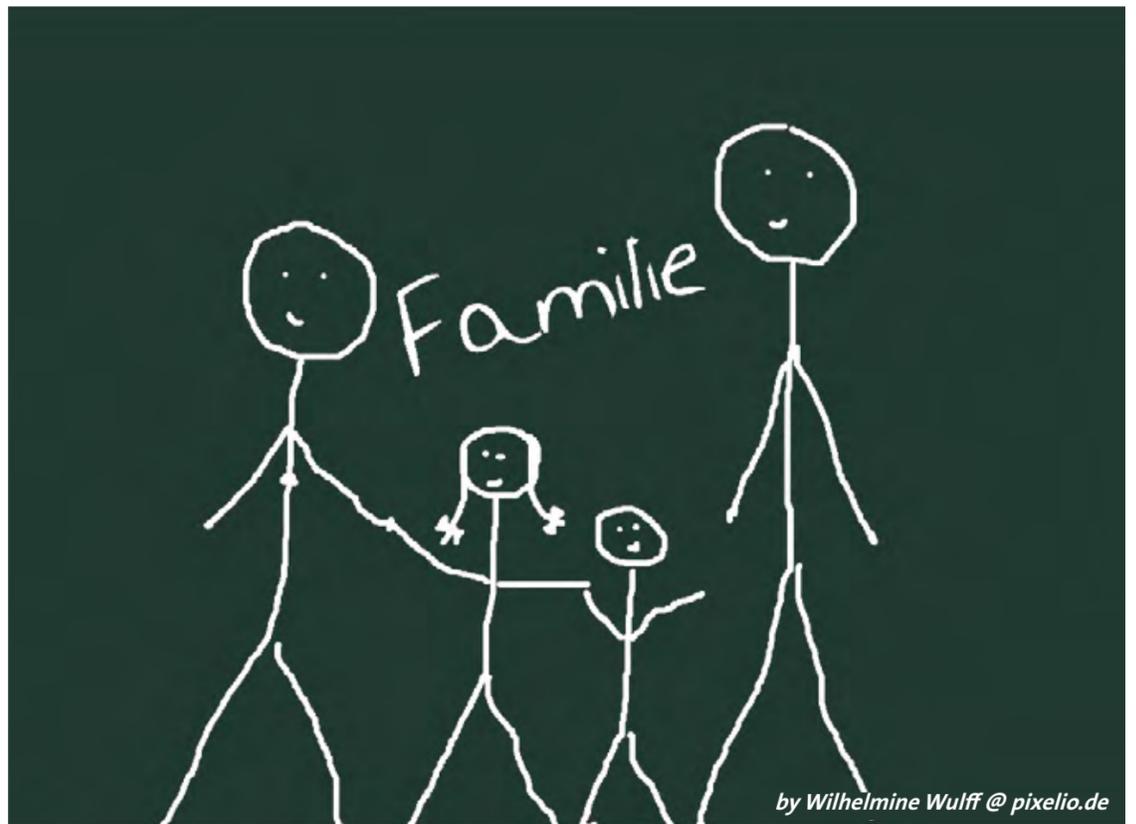
In den ersten zwei Jahren seit ihrer Gründung sprach sich die AG vor allem für den Ausbau der Ganztageschulen in Hof in gebundener und offener Form aus. Auch der Einsatz für eine längere gemeinsame Schulzeit zum Abbau des Übertrittsstresses an der Grundschule und die Forderung nach einem kostenlosen Mittagessen an allen Hofer Kindertagesstätten und Schulen waren Themen der AG.

Bei den turnusmäßigen Neuwahlen am 18.11.2010 rückte Hulya Wunderlich als stellvertretende Vorsitzende für Susanne Meister nach, der übrige Vorstand blieb unverändert. Die nächsten zwei Jahre waren vom Bildungsdialog zur Einführung der Gemeinschaftsschule in Bayern und vor allem durch die Forderung nach mehr Geld für Bildung geprägt. Zusammen mit dem „Verein zur Förderung der Schulen in Hof“ organisierte die AG das 1. Hofer Bildungsforum am 14.11.2011 mit mehr als 250 Teilnehmern in der „Bürgergesellschaft“ in Hof, bei dem über 10500 Unterschriften von Bürgern aus der Region zur Verbesserung der schulischen Situation an SPD-Bildungsexperten Martin Güll übergeben wurden. Bei dieser Veranstaltung kritisierten SPD-Landtagsabgeordnete Inge Aures und BLLV-Präsident Klaus Wenzel auch die Versetzung von gut ausgebildeten Lehrkräften nach Oberbayern. Die Bildungssituation an bayerischen Schulen mit zu großen Klassen, zu wenig Lehrern, zu hoher Belastung der Lehrkräfte und zu wenig Unterstützung der Schüler bei der Förderung standen weiterhin im Fokus der Aktivitäten der AG. Daneben engagierte sich die AG bei der Gründung und dem Aufbau einer AfB Oberfranken. Die zweite Periode der Amtszeit der AfB Hof endete mit der Mitgliederversammlung am 11.10.2012, bei der Siglinde Waschke zur neuen 1. Vorsitzenden und Hulya Wunderlich und Florian Strößner zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden.



Günter Merkel
Lehrer

stv. Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion



by Wilhelmine Wulff @ pixelio.de

„Aufstieg durch Bildung“

Die neugewählte AfB-Vorstandschaft möchte einen Neuanfang vor Ort wagen

von Siglinde Waschke

Weg von den ideologiebefrachteten Bildungsdebatten zu gehen, weg von Worthülisen, die sich die Debattanten um die Ohren hauen, wobei die Situation der Bildungseinrichtungen vor Ort meist außer acht gelassen wird, hingegen die an Bildungsprozessen Beteiligten – Lehrer, Schüler, Eltern – ständig in Unsicherheit und Aufruhr versetzt werden.

„Aufstieg durch Bildung“ – diesen Titel trug 1963 (!) ein SPD-Kongress. Aufstieg aber, so der Bildungshistoriker Heinz-Elmar Tenoth, wird nicht zugeteilt, jeder muss ihn selbst bewältigen. Hier muss Bildungspolitik ansetzen: Die Schwächeren so fördern, sie so befähigen, dass möglichst viele aus eigener Leistung Hürden nehmen können. Dahinter steht der Anspruch, dass sich jeder – unabhängig von seiner Abkunft und seinen finanziellen Möglichkeiten – durch Fleiß und Können eine gesicherte Position in der Gesellschaft erarbeiten kann.

Ständig neue Schultypen am Reißbrett entwickeln, Standards verschieben, an „Zeitstellschrauben“ drehen, das verunsichert alle Beteiligten. Die Politik kann Schule nicht als bloßen Schonraum sehen, der mit „Wunschzertifikaten“

in eine universale Wohlfühlgesellschaft führt. Schule muss junge Menschen begleiten, sie auf das Leben vorbereiten und Schule muss in der Lage sein, für gerechte Startbedingungen zu sorgen und Schwächere zu fördern. Politische Forderungen erwachsen aus diesem Ansatz viele, denn vieles liegt im Schulalltag im Argen:

■ Personelle Aufstockungsmaßnahmen, um die Sprachförderung von Benachteiligten zu forcieren

■ Lernstörungen, Lernbehinderungen einzelner Schüler bei der Lehrerzuteilungsbeurteilung höher anzusetzen, damit der Schulleiter vor Ort auch mehr Lehrer bekommt
Finanzielle Hilfen für Kommunen, deren Finanzdecken als Sachaufwandsträger eine latente Sparvorgabe erzwingen, - Schulausstattungen in Hof sehen anders aus als in Starnberg

■ Flächendeckender Einsatz von Sozialpädagogen und Schulpsychologen, denn die gesellschaftlichen Probleme, die Lehrer neben dem Unterrichten bewältigen müssen, steigen Jahr um Jahr an

■ Langfristiges Ansteuern einer Ganztagsbeschulung, die ein klares Konzept aufweist, das Schüler nicht nur beschult, sondern Angebote etwa zur sportlichen oder musischen Förderung beinhaltet, eine Schule die das soziale Lernen befördert. Eine bloße Nachmittagsbetreuung reicht hier nicht aus.

Die Hofer AfB möchte vor Ort

gehen, zu Einrichtungen und Menschen, die an Bildungsprozessen beteiligt sind. „AfB vor Ort“ beginnt mit den Kitas, der erste Termin beinhaltet eine Besuch im Kindergarten, wo man mit den Leuten vor Ort ins Gespräch kommen will, über Lehrpläne, Förderprogramme, Personalschlüssel, Besoldung, Dinge, die die dort Tätigen bewegen. Eine Gesprächsrunde mit Grundschullehrern in Stammtischform soll sich anschließen.

„Hier muss Bildungspolitik ansetzen: Die Schwächeren so fördern, sie so befähigen, dass möglichst viele aus eigener Leistung Hürden nehmen können“

Die Hofer AfBler streben aber keine bloße Bestandsaufnahme im Nörgelton an, es sollen Probleme publik gemacht und politisch transportiert werden, damit Benachteiligungen – sei es durch den Standort, durch Finanzen oder Herkunft behoben werden. Postwendend in eine schöne heile Bildungswelt zu tauchen, ist nicht möglich, - doch Anstöße geben, durch die Schwächere gefördert werden, um ihr persönliches Potential auszuschöpfen, - das möchte die Hofer AfB künftig anpacken.



Siglinde Waschke
Lehrerin

Mitglied im SPD-Kreisvorstand Hof-Stadt, Vorsitzende der

ADELT VERPFLICHTET?

Fünf Fragen an den SPD-Landtagskandidaten und langjährigen Selbitzer Bürgermeister Klaus Adelt

1. Was hat Sie dazu bewogen für den Landtag zu kandidieren?

Nach 23 Jahren als Selbitzer Bürgermeister und der Ausübung vieler kommunalpolitischer Ämter ist es für mich Zeit neue Wege zu beschreiben. Von Vorruhestand kann aber keine Rede sein. Deshalb will ich mich aufgrund meiner langjährigen und vielseitigen politischen Erfahrungen in München mit aller Kraft für unsere Region einsetzen. Das wurde aus meiner Sicht bisher nicht genügend getan.

2. Als potentieller Landtagsabgeordneter werden Sie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Stadt- und Landkreis Hof vertreten. Wo liegen Ihrer Meinung nach die Stärken und Schwächen des Wahlkreises?

Da ist ganz klar die oftmals unterschätzte Lebensqualität zu nennen, die Naturlandschaft von Frankenwald und Fichtelgebirge, das bürgerschaftliche Engagement im öffentlichen und kirchlichen Bereich, in den Vereinen. Die Geradlinigkeit und Herzlichkeit der Menschen, aber auch die vielen kleinen mittelständischen Unternehmen, die sich als „hidden Champions“ auf den Weltmärkten bewähren. Unsere Region ist besser als ihr Ruf. Den Strukturwandel der vergangenen zwanzig Jahre haben die Menschen hier alleine gemeistert – ohne nennenswerte Hilfe der CSU geführten Staatsregierung. Nichtsdestotrotz haben wir mit dessen Folgen und dem Niedergang vormaliger Leitindustrien noch heute zu kämpfen: Zu wenig hochqualifizierte Arbeitsplätze und im Zuge dessen die Abwanderung unserer jungen Generationen, Mängel im ÖPNV und im Schienenfernverkehr, schlechte Finanzausstattung der Kommunen.

3. Welche Schwerpunkte möchten Sie als künftiger Landtagsabgeordneter setzen bzw. was sind Ihre Ziele?

An den genannten Stell-schrauben – kommunale Finanzen, Strukturpolitik im Rahmen des demografischen Wandels, Arbeitsmarktpolitik gilt es zu drehen und darin sehe ich meine wichtigste Aufgabe, wenn ich gewählt werde. – Ich werde die starke Stimme für den ländlichen Raum sein.

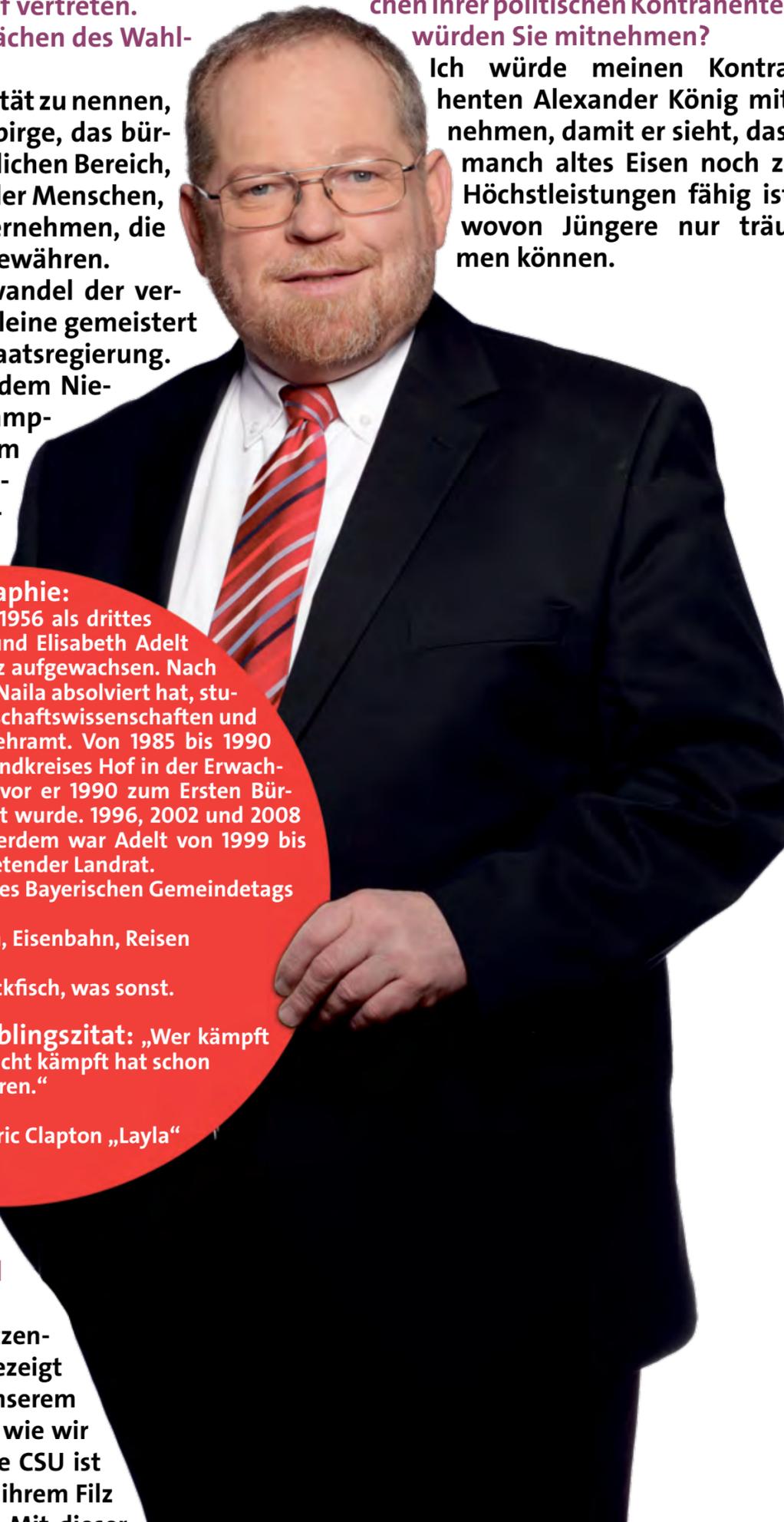
4. Wie groß sind Ihrer Ansicht nach die Chancen, dass die SPD ab Herbst 2013 mit Christian Ude den bayerischen Ministerpräsidenten stellt? Oder anders gefragt: Warum sollte es sich überhaupt lohnen Sie und die SPD zu wählen?

Die SPD hat mit Christian Ude einen überzeugenden Spitzenkandidat, der als Oberbürgermeister von München gezeigt hat, dass ein Sozi regieren kann. Und wir haben mit unserem Regierungsprogramm überzeugende Antworten darauf, wie wir Bayern voran und ins Gleichgewicht bringen wollen. Die CSU ist dazu nicht mehr imstande. Sie ist nur noch mit sich und ihrem Filz beschäftigt. Ideen und Visionen hat sie dagegen keine. Mit dieser

sich als Staatspartei gerierenden CSU wird Bayern seinen Vorsprung im Ländervergleich verlieren und deshalb wird diese Partei ab Oktober die Oppositionsbänke drücken.

5. Machen wir zum Schluss den Plasberg: Wie ich in Erfahrung bringen konnte, sind Sie ein großer Fan von Joe Cocker. Angenommen Sie hätten zwei Freikarten für ein Konzert. Welchen Ihrer politischen Kontrahenten würden Sie mitnehmen?

Ich würde meinen Kontrahenten Alexander König mitnehmen, damit er sieht, dass manch altes Eisen noch zu Höchstleistungen fähig ist, wovon Jüngere nur träumen können.



Biographie:
Klaus Adelt ist 1956 als drittes Kind von Walter und Elisabeth Adelt geboren und in Selbitz aufgewachsen. Nach seinem Abitur, das er in Naila absolviert hat, studierte er in Bayreuth Wirtschaftswissenschaften und Geografie für Gymnasial-Lehramt. Von 1985 bis 1990 war Adelt bei der VHS des Landkreises Hof in der Erwachsenenbildung beschäftigt, bevor er 1990 zum Ersten Bürgermeister von Selbitz gewählt wurde. 1996, 2002 und 2008 wurde er wiedergewählt. Außerdem war Adelt von 1999 bis 2008 Stellvertretender Landrat. Seitdem ist er Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags

Hobbys: Gärtnern, Eisenbahn, Reisen

Leibspeise: Stockfisch, was sonst.

Lebensmotto bzw. Lieblingszitat: „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.“

Lieblingssong: Eric Clapton „Layla“

Seniorenmobilität im Fokus

60plus Hof - Die Seniorinnen und Senioren in der Hofer SPD

von Dieter Darkow

Erst will es keiner sein, irgendwann dann aber alle möglichst lange: Seniorin oder Senior. Über 30 % der Hofer sind es, 60 Jahre und älter. Sie sind im Vergleich zu früheren Generationen aktiver und wollen eigenständig und selbstbestimmt leben, die neue Generation der Aktiv-Senioren. Mobilität ist dabei eine wichtige Grundlage für die gesellschaftliche Teilhabe und Selbständigkeit, auch um die Bindungen im Familien- und Freundeskreis zu erhalten.

60plus Hof, die Arbeitsgemeinschaft der Aktiv-Senioren der Hofer SPD, haben jetzt ein Konzept erarbeitet, wie Hemmnisse, die die Mobilität von Seniorinnen und Senioren behindern oder einschränken, nachhaltig abgebaut werden können.

Fazit: Der seniorenrechtliche Verkehr muss barrierefrei, einfacher und vor allem sicherer werden, sowohl beim Fahrrad-, Fuß- und Autoverkehr als auch bei Bussen und Bahnen. Klar ist den Hofern SPD-Senioren, dass der notwendige Stadtumbau mindestens ein Jahrzehnt dauern wird und nur Schritt für Schritt angegangen werden kann. Aber

schon jetzt muss jede neue Maßnahme im öffentlichen Raum darauf geprüft werden, ob sie seniorenrechtlich ausgeführt wird. Dabei sollten ältere Menschen als Experten bei der Gestaltung der seniorenrechtlichen Mobilität gehört werden und mitwirken.



Hofer Senioren besuchen die Landesgartenschau 2012 in Bamberg

5 Anforderungen an eine seniorenrechtliche Mobilitätspolitik

Die Hofer 60plus – Senioren formulierten fünf Anforderungen an eine seniorenrechtliche Mobilitätspolitik, die sie in Hof nach und nach umsetzen wollen:

1. Wichtigste Voraussetzungen, um bis ins hohe Alter eigenständig am

öffentlichen Leben teilhaben können, sind dezentrale Strukturen mit kurzen Wegen und die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum.

2. Der seniorenrechtliche Fußverkehr zeichnet sich aus durch attraktive Fußwege-

netze, rutschsichere und stolpersichere Wegebeläge, Querungshilfen und abgesenkte Bordsteine an Straßenkreuzungen, längere Grünphasen für Fußgänger an Ampeln, kostenfreie Verweilmöglichkeiten (seniorenrechtliche Bänke) und öffentliche Toiletten.

3. Elektro-Fahrräder helfen den Senioren, Mobilität mit altersgerechtem Fitness-Training zu verbinden. So wird der Senioren-Radverkehr

wachsen, besonders bei der anspruchsvollen Topografie Hof's. Seniorenrechtlich sind gut lesbar ausgeschilderte Radverkehrsnetze mit leicht befahrbaren Wegeober-

Senioren-Kummerkasten

Alle Bürger können mithelfen, das berechtigte Anliegen der älteren Mitbürger - aber auch der jungen Eltern mit Kindern - nach Mobilität und Verkehrssicherheit mit großem Nachdruck zu gestalten.

Hofer Bürgerinnen und Bürger, die Anregungen, Wünsche oder Beschwerden zur Seniorenmobilität in der Stadt haben, können diese formlos an 60plus Hof, die Senioren-Arbeitsgemeinschaft der Hofer SPD, weitergeben (60plus@spd-hof.de) oder direkt an Dieter Darkow (Telefon 860 96 53 – dieter@darkow.de).

flächen sowie einfach zugänglichen, beleuchteten Abstellmöglichkeiten mit Ladestationen für Elektro-Fahrräder. Attraktiv wäre auch ein E-Bike-Sharing-Angebot mit seniorenrechten Rädern.

4. Insbesondere beim seniorenrechtlichen Öffentlichen Verkehr muss grundsätzlich eine Umstellung auf Barrierefreiheit erfolgen - bei Bussen, Bahnen und Bahnhöfen. Weiter erforderlich: umsteigefreie Linien vom Haupt- über den Busbahnhof zur Altstadt und zur Ludwigstraße und weiter zum Theater und zur Freiheitshalle sowie zum Theresienstein und Friedhof, ausreichende Umsteigezeiten und der Ausbau des Bedarfsverkehrs (Anruflinienbus ALB) in Randzeiten und bei Veranstaltungen sowie wettergeschützte Wartemöglichkeiten mit seniorenrechtlichen Sitzplätzen.

5. Auch der Autoverkehr kann seniorenrechtlicher gestaltet werden. Hier würden einfache und übersichtliche Verkehrsführungen und eine Entrümpelung des städtischen Schilderwaldes helfen. Attraktiv wäre auch ein Car-Sharing-Angebot mit seniorenrechtlichen Autos.



Dieter Darkow
Dipl.-Ingenieur
Mitglied im SPD-Kreisvorstand Hof-Stadt.

SPD
WAHLVERSAMMLUNG MIT KLAUS ADELT
MUSIKALISCHE UMRAHMUNG DURCH WOLFGANG KEINER "THE BEST OF ZEDTWITZ"

KLAUS ADELT
www.klaus-adelt.de

Die Tradition - Musik von Wolfgang Keiner

Best of Zedtwitz

15.06.13
BEGINN: 19 UHR

EINTRITT FREI FERNVERKEHR

27.06.2013
SPD vor Ort

Betriebsbesichtigung des SPD-Ortsvereins Neuhof-Unterkotzau, 17:00 Uhr. Ort: Metzgerei Herpich, Leopoldstraße, Hof

Der SPD Ortsverein Neuhof-Unterkotzau lädt zu einer „SPD vor Ort“-Reihe an Betriebsbesichtigungen herzlich ein. Sehr gerne sind auch interessierte Bürgerinnen und Bürger willkommen, die Betriebe und Institutionen im Ortsvereinsgebiet mit zu erkunden. Da die Teilnehmerzahl meist auf 20- 25 Personen begrenzt ist, bitten wir um Voranmeldung bis 3 Tage vor Veranstaltung.

Diese kann bei Stadtrat und OV-Vorsitzendem Florian Strößner per E-Mail unter [florian.stroessner\(at\)spd-hof.de](mailto:florian.stroessner(at)spd-hof.de) bzw. telefonisch 09281 / 507839 vorgenommen werden.

WIR BRINGEN BAYERN INS GLEICHGEWICHT!

GERECHTIGKEIT BRAUCHT EINEN TAPETENWECHSEL!

BAYERN IST EIN STARKES LAND, ABER ES IST BEI UNS EINIGES AUS DEM GLEICHGEWICHT GERATEN. WIR WOLLEN DAS ÄNDERN. CHRISTIAN UDE UND DIE BAYERNSPD STEHEN FÜR:

- EIN MINDESTLÖHNGESETZ FÜR FAIRE LÖHNE!**
Wir werden einen einheitlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Deutschland einführen und den Mindestlohn von 7,50 Euro auf 8,50 Euro erhöhen. Wir werden auch ein Mindestlohn für die Baubranche einführen, der den Mindestlohn von 7,50 Euro auf 8,50 Euro erhöht.
- FAMILIEN STÄRKEN MIT BESSERER KINDERBETREUUNG!**
Wir werden die Kinderbetreuung in ganz Bayern ausbauen und dafür mehr Geld in die Kassen geben. Wir werden die Kinderbetreuung von 8 bis 18 Uhr ausbauen und dafür mehr Geld in die Kassen geben.
- WOHNEN MUSS BEZAHLBAR SEIN!**
Wir werden in Bayern neuen Wohnraum schaffen und die Mieten begrenzen. Wir werden die Mieten für den Wohnungsbau begrenzen und dafür mehr Geld in die Kassen geben.
- EIN VERGABEGESETZ FÜR FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN!**
Wir werden ein bayerisches Vergabe- und Tarifvertragsgesetz beschließen. Damit stellen wir sicher, dass öffentliche Aufträge an Unternehmen vergeben werden, die faire Arbeitsbedingungen garantieren.
- GLEICHER LOHN FÜR FRAUEN!**
Wir werden ein Bundesgesetz einführen, das die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern beseitigt.

GENAU UDE

“Auf Verschleiß fahren“

Schwarz-Gelber Investitionsstau gefährdet wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands

von Petra Ernstberger

Bei den bevorstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag sind die Wählerinnen und Wähler aufgerufen, durch ihr Votum die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Die SPD bietet dafür ein klares Wahlprogramm mit konkreten Reformvorschlägen für unser Land.



Petra Ernstberger, Mitglied des Deutschen Bundestages, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland Investitionen braucht: In Bildung, in die öffentliche Infrastruktur und in unsere Kommunen!

Gute Bildung und Ausbildung, sichere und funktionsfähige Verkehrswege, Energieversorgung und Kommunikationsnetze und lebendige Städte und Gemeinden gehörten über Jahrzehnte zu den wichtigsten Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt unseres Landes.

Seitdem Schwarz-Gelb regiert, fehlt es an diesen Investitionen und unser Land fährt die Grundlagen seines Erfolgs längst „auf Verschleiß“.

Vieler Orts sind die Folgen zu besichtigen: Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, marode Straßen und Brücken, Staus, Zugausfälle, fehlende Jugend- und Sportförderung, zusammengekürzte Städtebauförderung, etc. etc.

„Die Aufgaben für das Gemeinwohl müssen in Deutschland wieder fair und gerecht verteilt werden“

Gleichzeitig muss Deutschland seine Schulden verringern.

Anders als die aktuelle Bundesregierung, die offensichtlich nicht mit Geld umgehen kann und die in Zeiten steigender Steuereinnahmen, fallender Zinsen und sinkender Arbeitslosigkeit in nur vier Jahren 100 Milliarden Euro (!) Neuverschuldung produziert hat, wollen wir Sozialdemokraten die Schuldenbremse der Verfassung ernst nehmen.

Schuldenabbau auf der einen Seite und dringend benötigte Investitionen andererseits zwingen zu Entscheidungen über eine nachhaltige Finanzpolitik.

Um diese doppelte Aufgabe erfüllen zu können, braucht



Beim 675-jährigen Jubiläum der Stadt Lichtenberg

Deutschland einen neuen Lastenausgleich.

Denn die soziale Balance bei den Finanzierungsaufgaben für das Gemeinwohl stimmt bereits heute nicht mehr: Während die reichsten 10% im Jahr 1970 lediglich 40% des Vermögens in Deutschland besaßen, besitzen sie heute über 60%.

Die Mittelschicht schrumpft, und die Reichen werden immer reicher – das belegt selbst der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung trotz schwarz-gelber Schönfärberei!

„Die Mittelschicht schrumpft, und die Reichen werden immer reicher“

Wir sagen: Das muss sich wieder ändern.

Die Aufgaben für das Gemeinwohl müssen in Deutschland wieder fair und gerecht verteilt werden.



Mit MdB Anette Kramme und MdB Florian Pronold zu Besuch bei der Mittelschule in Arzberg

gen. Betriebliche Vermögen werden nicht belastet, damit Unternehmen ihre Investitionstätigkeiten nicht einschränken müssen.

Und die größte Einzelsubvention werden wir durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns beenden.

Mit der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns profitieren fünf Millionen Menschen von höheren Löhnen.

Es entstehen gesamtstaatlich Steuermehreinnahmen von knapp 3,3 Milliarden Euro im Jahr und Minderausgaben bei den Sozialtransfers für Aufstocker von 1,7 Milliarden Euro.

„Mit der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns profitieren fünf Millionen Men-



Beim Praxistag Pflege der SPD Oberkotzau im Lutherstift

stitionsprogramm seit den Konjunkturprogrammen 2008/2009 anstoßen.

Einige Steuern für Einige zu erhöhen bedeutet u.a. konkret: Erstens eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49% für Einkommen ab 100.000 Euro zu versteuerndem Einkommen im Jahr für Einzelpersonen und 200.000 Euro für Verheiratete.

Zweitens eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer von 25% auf 32%.

Und drittens werden wir durch eine Vermögenssteuer für Private starke Schultern mehr belasten als schwache.

Es geht nicht um Omas Häuschen, es wird hohe Freibeträge geben, aber es geht um wirklich große Privatvermö-

„schen von höheren Löhnen“

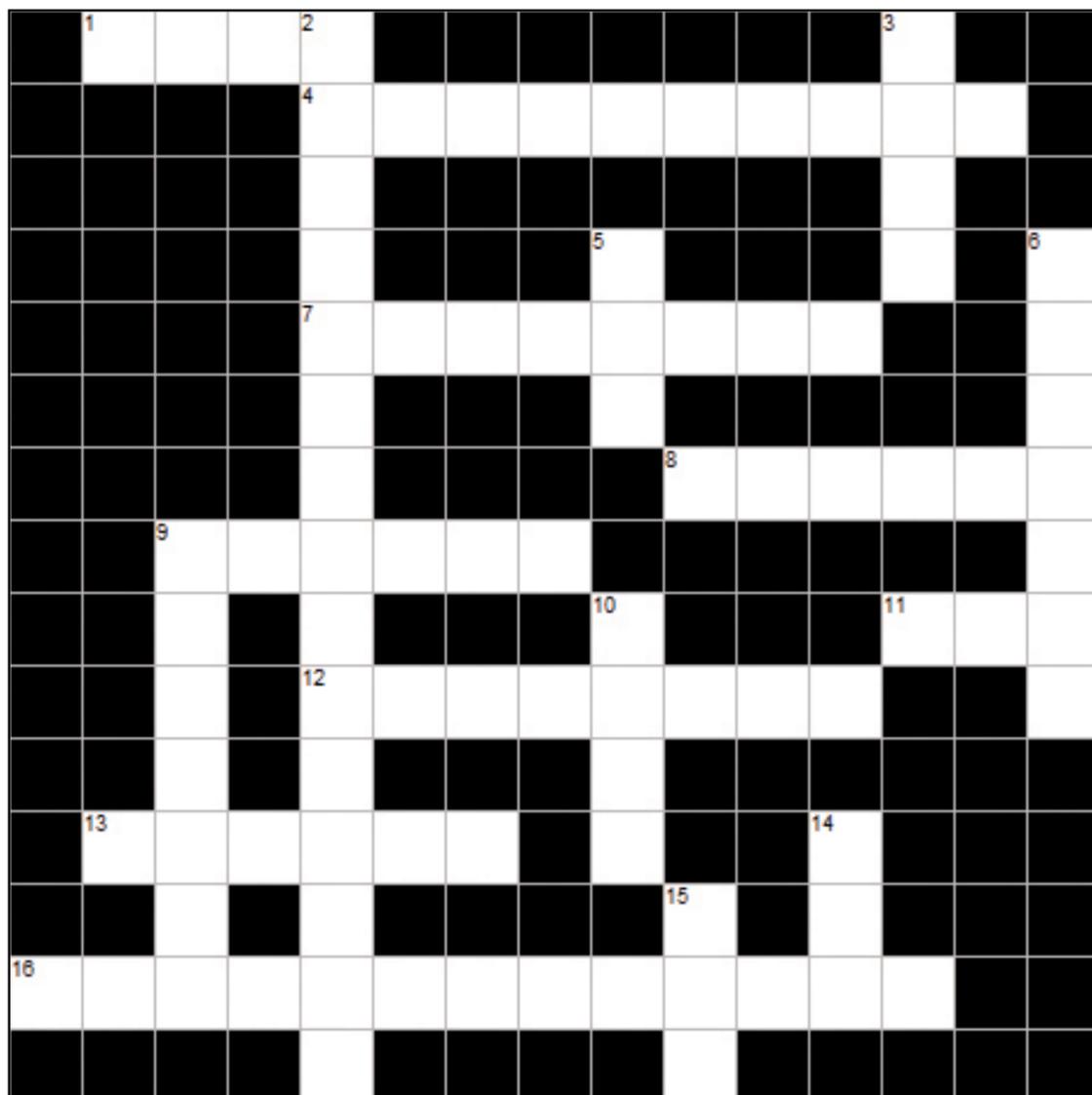
Wir Sozialdemokraten stehen für eine gerechtere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, um die staatliche Verschuldung zu senken, mehr in Bildung und Infrastruktur investieren zu können und die Kommunen zu stärken.

Letztendlich profitieren wir alle davon, wenn unser Land zukunftsfest machen und nicht die Substanz verkommen lassen, so wie Schwarz-Gelb es seit Jahren tut und auch weiterhin tun wird.

Termine

- 2.6.2013 | SPD- Stand auf dem Hofer Umwelttag, 10:00 Uhr. Ort: Theresienstein, Hof
- 3.6.2013 | AG 60 Plus – Unterbezirksvorstandssitzung, 14:00 Uhr. Ort: PTSV- Heim, Ossecker Str. 52, Hof
- 9.6.2013 | Weißwurstfrühstück des SPD Ortsvereins Hof-Ost - 10:00 Uhr, Ort: Gaststätte Jägersruh (ehemals Züchterheim), Ostendstr. 3, Hof
- 12.6.2013 | AG 60 Plus – Brauereibesichtigung, 14:00 Uhr. Ort: Meinel Bräu
- 14.6.2013 | Rote Kinonacht zum 150 jährigen Geburtstag der SPD, 19:30 Uhr. Ort: Kunstkaufhaus Hof
- 15.6.2013 | Wahlversammlung mit Klaus Adelt - Musikalische Untermalung durch Wolfgang Keiner, Best of Zedtwitz, Fernverkehr Zedtwitz, Beginn: 19:00 Uhr
- 20.6.2013 | AG 60 Plus Jahreshauptversammlung mit der Bundestagsabgeordneten Petra Ernstberger 14:00 Uhr. Ort: PTSV Heim
- 27.6.2013 | SPD vor Ort - Betriebsbesichtigung des SPD-Ortsvereins Neuhof-Unterkotzau, 17:00 Uhr. Ort: Metzgerei Herpich, Leopoldstraße, Hof
- 9.7.2013 | Mitgliederversammlung SPD- Ortsvereien Hof- Mitte, 19:30 Uhr. Ort: Meinels Bas, Hof
- 9.7.2013 | „Warten bis der Arzt geht?“ - Strategien gegen den Ärztemangel auf dem Land. Diskussionsveranst. mit Klaus Adelt und der thüring. Gesundheitsministerin Heike Taubert, Trogen
- 17.7.2013 | AG 60 Plus - Besichtigung der Freiheitshalle mit Führung, 14:00 Uhr. Ort: Haupteingang Freiheitshalle Hof
- 26.7. – 4.8.2013 | Hofer Volksfest
- 14.8.2013 – 18.8.2013 | 60plus- Reise nach Brandenburg und Berlin - Anmeldung und Rückfragen an Rudolf Peterhänsel (Tel.: 09543/ 488 61)
- 14.8.2013 | AG 60 Plus - Grillfest bei „ELSA“ in Epplas, 14:00 Uhr. Ort: Treffen am Theaterparkplatz (Fahrgemeinschaft)
- 18.8.2013 | Sommerfest der SPD Hof- Ost, 14:00 Uhr. Ort: Gaststätte Jägersruh (ehemals Züchterheim), Ostendstr. 3, Hof
- 22.8.2013 | AG 60 Plus - Besichtigung Bäckerei Museum, 14:00 Uhr. Ort: Bäckerei Museum, Sophienstr. 34, Hof

Rätsel



Waagerecht

- 1) Kochgeschirr
- 4) pol.-soz. Umwälzung
- 7) Gründungsort SDAP
- 8) dt. Friedensnobelpreisträger
- 11) Pygmäenvolk
- 12) Gründer ADAV
- 13) Chorleiter
- 16) Wirtschaftlerin

Senkrecht

- 2) sozialdem. Errungenschaft
- 3) Liedermacher
- 6) pointieren
- 9) Advokatenstand
- 10) dt. Philosoph
- 14) asiat. Bevölkerungsgruppe, hinterinds. Volksstamm
- 15) Füllwort im Redefluss



Impressum

HOFER ZEITUNG
sozial | demokratisch | informativ

kostenlose Parteizeitung
Auflage 10.000

Redaktion:
AG „Hofer Zeitung“

Layout:
Patrick Leitl, Peter Weiß

Herausgeber:
SPD-Kreisverband Hof-Stadt, von-der-Tann-
Str. 1, 95028 Hof
V.i.S.d.P.: Jörg Mielentz

Kontakt:
mail@spd-hof.de
Für den Inhalt der Artikel sind die jeweiligen Autor_innen
verantwortlich.